

# Weder Durchbruch noch Rückschlag

Eine erste Bilanz des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

JÜRGEN MAIER

»Der größte Gipfel aller Zeiten« sollte es werden. Schließlich war schon die Vorgängerkonferenz in Rio de Janeiro zur »planetarischen Rettungskonferenz« ausgerufen worden<sup>1</sup>; diese war der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen 20 Jahre zuvor gefolgt<sup>2</sup>. Doch so manche Superlative mußten beim vom 26. August bis zum 4. September 2002 in Johannesburg abgehaltenen Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD<sup>3</sup>) korrigiert werden<sup>4</sup>. Auf bis zu 60 000 Personen war im Vorfeld der Tagung die Teilnehmerzahl geschätzt worden – es wurden schließlich nur etwa 20 000, die sich bei den Vereinten Nationen oder dem »Global People's Forum« der Zivilgesellschaft offiziell akkreditierten und ihre Teilnehmerschein tatsächlich abholten. Allerdings gab es auch noch eine ganze Reihe weiterer Veranstaltungen in Johannesburg im Umfeld des Gipfels, deren Teilnehmer nicht statistisch erfaßt wurden. Als »Gipfel des Stillstands« werde Johannesburg in die Geschichte eingehen, so wurde nach vier weitgehend zäh verlaufenen Vorbereitungstagungen von vielen geunkt – am Ende gab es entgegen solchen Erwartungen eine Reihe von brauchbaren Ergebnissen. Ganz im Sinne des Gastgebers Südafrika sogar solche, die gerade auch für die Entwicklungsländer besonders wichtig sind.

## I

Anfangs kam »Johannesburg« vielen Teilnehmern wie eine Abenteuerreise vor. Schon in den Reiseführern war vor der größten Stadt Südafrikas als einer der am stärksten von Kriminalität heimgesuchten Städte der Welt gewarnt worden – verbunden mit dem Hinweis, unbedingt vor Einbruch der Dunkelheit im Hotel zu sein. Das war natürlich völlig unmöglich. Schon bei der Ankunft war in den örtlichen Zeitungen von den ersten überfallenen Delegierten zu lesen. Hinzu kam eine heillos überforderte Pendelbus-Logistik. Die Transfers zwischen dem »Sandton Convention Centre«, den weitverstreuten anderen Tagungsstätten und den Hotels dauerten oft bis zu einhalb Stunden. Hinzu kamen häufig unfreiwillige Stadtrundfahrten durch teils zwielichtige Gegenden, weil sich die Fahrer nicht auskannten. DaimlerChrysler hatte zwar 1000 Kleinbusse zur Verfügung gestellt; mangels Chauffeuren standen viele davon meist ungenutzt herum.

Während in den britischen Zeitungen noch ausgiebig über die angeblichen Luxusreisen nach Johannesburg schwadroniert wurde, sah die Realität zumindest für diejenigen, die am Gipfel aktiv beteiligt waren, völlig anders aus. Aufzustehen galt es um spätestens 6 Uhr, noch bevor die Frühstückstische gedeckt waren, um rechtzeitig vor den Staus der morgendlichen Hauptverkehrszeit zu den ersten Delegationsitzungen zu kommen. Bald schon begannen auch die UN-typischen Nachtsitzungen, die oft genug dazu führten, daß man mit ortsunkundigen Taxifahrern allein quer durch das nächtliche (und laut Reiseführer zu dieser Zeit lebensgefährliche) Johannesburg kurven mußte, um noch einige Stunden Schlaf zu erhaschen.

## II

Doch die Konferenzfolklore trat bald in den Hintergrund angesichts der zunehmenden Polarisierungen auf dem Gipfel. Die Vereinigten Staaten hatten vorher verkündet, keinem einzigen neuen Aktionsziel der Staatengemeinschaft zuzustimmen und voll auf Partner-

schaftsprojekte zu setzen. Da viele Regierungen bereits im Vorbereitungsprozeß befürchtet hatten, daß »Rio + 10« genau wie schon 1997 die Sondergeneralversammlung zu »Rio + 5«<sup>5</sup> zur wenig ruhmreichen Veranstaltung geraten könnte, hatte man rechtzeitig nach Auswegen gesucht, einem solchen Eindruck in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Bei der zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses im Januar 2002 wurde daher beschlossen, den traditionellen UN-Verhandlungsprozeß mit einer Innovation etwas aufzulockern: nicht nur die üblichen Verhandlungsergebnisse wie Politische Erklärung, Aktionsprogramm (nunmehr »Typ-1-Ergebnisse« genannt) und so fort sollte es geben, sondern auch noch konkrete Partnerschaftsprojekte zwischen unterschiedlichen Akteuren. Solche »Typ-2-Ergebnisse« sollten nicht wie die Typ-1-Resultate vom Gipfel einstimmig beschlossen werden müssen, sondern sollten anhand noch zu verabschiedender Kriterien von interessierten Beteiligten und Interessengruppen (stakeholders) auf dem Gipfel vorgestellt werden können.

Vordergründig war auch die Tagesordnung des Gipfels durchaus mit solchen innovativen Elementen angereichert worden. Eine Vielzahl von Diskussionsforen, Dialogen mit mehreren Kategorien von Beteiligten und dergleichen fand parallel zu den Regierungsverhandlungen über den Durchführungsplan, das zentrale Element der Typ-1-Ergebnisse, statt. Auch die Regierungsverhandlungen splitteten sich rasch in zahlreiche Untergruppen, informelle Kontaktgruppen oder vergleichbare Gesprächskreise auf, über die die als »Vienna Setting« bekanntgewordene Koordinationsrunde<sup>6</sup> oft nur noch mühsam den Überblick behielt. Mindestens einmal kam es vor, daß die Wiener Runde und eine Kontaktgruppe über eine Stunde lang parallel über dieselben Textpassagen verhandelten, ohne dies voneinander zu wissen. Zudem wurde der Zutritt zu diesen Verhandlungen über weite Strecken sehr restriktiv gehandhabt: meist hatten nur Mitglieder von Regierungsdelegationen Zutritt. Allerdings ist es mittlerweile selbst in bestenfalls halbdemokratischen Staaten selbstverständlich, daß Vertreter der Zivilgesellschaft mit in die staatlichen Abordnungen aufgenommen werden.

Wer allerdings erwartet (oder befürchtet) hatte, daß die Typ-2-Projekte den oft stark ritualisierten Verhandlungsprozeß tatsächlich überlagern würden, sah sich bald enttäuscht. Zwar hatten die US-Amerikaner noch vorher verkündet, ganz auf Typ-2-Projekte nach dem Motto »Taten statt Worte« zu setzen; es fehlte dann aber doch an allen Ecken und Enden an zugkräftigen Projekten des Typs 2, die dies hätten untermauern können. Statt dessen konzentrierte sich das Interesse aller Akteure vom ersten Tag an auf das zentrale »Typ-1-Ergebnis«, nämlich den Durchführungsplan<sup>7</sup>, und die auf Grund der restriktiven Zugangsregelungen zahlreich kursierenden Gerüchte über den jeweiligen Verhandlungsstand. Als die US-Delegationsleiterin Paula Dobriansky in einem Zeitungsinterview auch noch verkündete, die USA hätten den Gipfel nicht nötig, da sie sowieso bei der Nachhaltigkeit führend seien<sup>8</sup>, hatten die Vertreter Washingtons

---

*Jürgen Maier, geb. 1963, seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung in Bonn, koordinierte in dieser Funktion die deutschen nichtstaatlichen Organisationen in Johannesburg und gehörte der deutschen Delegation zum Weltgipfel an.*

## UNCED und WSSD

Die Frage, ob der ›Erdgipfel‹ der Staats- und Regierungschefs – Bestandteil der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) vom Juni 1992 in Rio de Janeiro – »Pflichtübung, PR-Ereignis oder erster Schritt in ein ökologisches 21. Jahrhundert« war, wurde schon damals gestellt (VN 4/1992 S. 121). Bei aller Ernüchterung, die allenthalben herrscht, läßt sich gleichwohl festhalten, daß die UNCED insgesamt greifbare und zukunftsweisende Ergebnisse hervor gebracht hat:

- In der ›Erklärung von Rio‹ sind 27 Grundsätze festgeschrieben worden, die ihre konkrete Ausgestaltung
- in der umfassenden ›Agenda 21‹ – dem Aktionsprogramm der UNCED – fanden;
- die (im Vorfeld der UNCED erarbeiteten) Konventionen zum Schutz des Klimas und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt wurden auf der Konferenz zur Unterzeichnung aufgelegt;
- die Grundsatzklärung über die Bewirtschaftung, Bewahrung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern wurde angenommen und
- der Verhandlungsauftrag zur Ausarbeitung der Konvention gegen die Ausbreitung der Wüsten gegeben.

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (World Summit for Sustainable Development, WSSD) in diesem Jahr in Johannesburg wurde kein neues Kapitel in Sachen Nachhaltigkeit aufgeschlagen, doch wurden – neben der Verkündung ohnehin beabsichtigter Maßnahmen – einige neue Akzente gesetzt. Ins Auge sticht die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung, die sich durchgängig im Schlußdokument findet; sie drückt sich in der Absicht zur Schaffung eines Weltsolidaritätsfonds aus und in besonderer Aufmerksamkeit beispielsweise für die Probleme der Wasserversorgung und der Abwässer. Immer wieder wird affirmativ Bezug auf die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) genommen, die seit der Annahme der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen durch die Generalversammlung im September 2000 (Text: VN 5/2000 S. 190ff.) zum zentralen Gegenstand der internationalen Entwicklungspolitik geworden sind; nicht übersehen werden sollte freilich, daß die Millenniums-Deklaration insgesamt einen Kontext herstellt, der von »Frieden, Sicherheit und Abrüstung« über »Menschenrechte, Demokratie und gute Lenkung« bis zur »Stärkung der Vereinten Nationen« reicht.

Ganzheitlich – jedenfalls im Hinblick auf Umwelt und Entwicklung – war auch der Ansatz von Rio; die Gesamtschau der Ergebnisse von Johannesburg läßt ihn immerhin noch erkennen. Die mit der weltweiten Erhöhung des Anteils der alternativen Energiequellen verbundene Diversifikation der Energieversorgung, der Abschied von zu Verzerrungen auf den Energiemärkten führenden Subventionen für überholte Energieträger, die Hervorhebung der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Großunternehmen lassen erkennen, daß sich die internationale Gemeinschaft den tatsächlichen Problemen stellt. Die Ankündigungen Kanadas und Rußlands, das Kyoto-Protokoll ratifizieren zu wollen, lassen hoffen. Viele bi- und multilaterale Einzelprojekte weisen in die richtige Richtung. Einer alten, nicht immer ersprießlichen UN-Tradition ist man aber auch auf der Konferenz in Südafrika treu geblieben: 2005 soll eine neue Dekade der Vereinten Nationen – das ›Jahrzehnt der Erziehung für nachhaltige Entwicklung‹ – beginnen.

wieder zielsicher den Rest der Welt gegen sich aufgebracht<sup>9</sup>. Und so war es nicht nur für die europäischen Teilnehmer der Verhandlungen am Ende der ersten Woche schon ein echter Erfolg, daß die Amerikaner in einigen Punkten nachgeben mußten und neue Aktionsziele akzeptierten: bis 2015 soll die Überfischung der Weltmeere soweit zurückgeführt werden, daß die Fischbestände wieder auf einem nachhaltig bewirtschaftbaren Niveau angekommen sind – mit dem Zusatz »nach Möglichkeit« (Ziffer 30a<sup>10</sup>).

Dies mag in der Sache natürlich ein eher schwaches Ergebnis sein, aber der eigentliche Erfolg lag darin, daß dies das erste neue Handlungsziel überhaupt war, das die Staatengemeinschaft in Johannesburg beschlossen hatte. Hier ging es also um das Prinzip: Der Johannesburg-Gipfel ist Bestandteil des UNCED-Prozesses und hat die Aufgabe, die Umsetzung der ›Agenda 21‹ zu bilanzieren und im Lichte dessen Beschlüsse zur weiteren Umsetzung des Grundsatzes nachhaltiger Entwicklung zu fassen. Und dieses Prinzip war mit der Akzeptanz des Aktionsziels zur Überfischung de facto auch von den USA wieder akzeptiert worden.

Es dauerte dann nicht lange, bis man sich auf das zweite derartige Aktionsziel geeinigt hatte: bis 2020 soll im Hinblick auf Schäden durch Produktion und Umgang mit gefährlichen Chemikalien »die Verringerung der Gefahren« gefördert werden (Ziff. 22). Auch das mag auf den ersten Blick weitgehend substanzlos wirken, ist aber vor dem Hintergrund der ausgesprochen langwierigen Verhandlungen über das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (persistent organic pollutants, POPs) durchaus als Rückenwind für ambitioniertere Ziele in diesem Verhandlungskontext zu spüren.

### III

Nachdem das grundsätzliche Hindernis, nämlich die Frage, ob man überhaupt irgendwelche Aktionsziele beschließen darf, ausgeräumt war, gelang es in einer Reihe weiterer Sachfragen, weiterführende Beschlüsse zu fassen. So soll auf der Grundlage der 2001 von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD)<sup>11</sup> verabschiedeten ›Bonner Leitlinien über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte und ausgewogene Verteilung der Vorteile aus ihrer Nutzung‹ nun ein verbindliches internationales Regime ausgehandelt werden (Ziff. 42). Auch wenn sich dies zunächst wie ein Randproblem anhören mag, ist es doch ein extrem politischer Vorgang. Die Verteilung der Gewinne aus der Nutzung der biologischen Vielfalt ist seit Rio ein höchst umstrittenes Feld der internationalen Politik geblieben. Während die Entwicklungsländer den Industrieländern mit zunehmender Heftigkeit ›Biopiraterie‹ vorwerfen, haben sich gleichzeitig manche überzogenen Hoffnungen auf die Gewinnträchtigkeit des ›grünen Goldes‹ aus den Regenwäldern und Korallenriffen erheblich relativiert.

Dennoch sind in den Industrieländern erhebliche ökonomische Interessen im Spiel. Daher haben die USA bis heute das Übereinkommen nicht ratifiziert, und eine weitgehend einheitliche Front der Industrieländer hat es in der WTO verstanden, die Bestimmungen des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) so zu gestalten, daß die Entwicklungsländer ihre aus dem CBD erwachsenden legitimen Ansprüche auf Gewinnbeteiligung aus der Nutzung biologischer Vielfalt kaum wirksam einfordern können: wer in Europa oder den Vereinigten Staaten Patente anmeldet, die auf genetischen Ressourcen aus Entwicklungsländern beruhen, muß hierfür weder nach dem TRIPS-Abkommen noch nach den Patentgesetzen die Herkunft dieser genetischen Ressourcen angeben. Dies steht allerdings im Widerspruch zum Übereinkommen: ohne Herkunftsangabe kann es logischerweise auch keine Gewinnbeteiligung des Herkunftslands geben. Fälle wie die Patentierung von Basmati-Reis in den USA durch die dem Fürsten von Liechtenstein gehörende texanische Firma ›RiceTec‹ oder der Ayahuasca-Heilpflanze durch die kalifornische ›International Plant Medicine Corp.‹ haben daher zu verständlicher Empörung in den Entwicklungsländern geführt. Die Bonner Leitlinien verbindlich werden zu lassen, ist daher ein wichtiger Grundsatzbeschuß, um das CBD als Rahmenkonvention allmählich mit Substanz zu füllen. In den Gremien des Übereinkommens war dieser Beschluß bemerkenswerterweise nicht möglich. Wie umstritten dieses Thema bis zuletzt war, zeigt auch die Tatsache, daß das in Deutschland dafür federführende Umweltministerium erst in Johannesburg auf die Linie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einschwenkte und zustimmte, daß die Leitlinien verbindlich werden sollen. Das Bundesumweltministerium hatte – im Gegensatz zum Entwicklungsministerium – in den bisherigen Verhandlungen stets die Position vertreten, die Richtlinien sollten auf freiwilliger Grundlage angewandt werden.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich die Charakterisierung solcher Beschlüsse als ›Erfolg‹ womöglich nur den In-



sidern des Rio-Prozesses erschließt. Es kommt jetzt darauf an, was jene Staaten, denen die Umsetzung dieser Ziele wichtig ist, im Folgeprozeß daraus machen.

#### IV

Wesentlich leichter begreifbar – und für eine viel größere Zahl von Menschen von direkter Bedeutung, aber auch ungleich schwerer umzusetzen – ist dagegen der Beschluß, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren (Ziff. 7). Die in Bonn Anfang Dezember 2001 im Rahmen der ›Agenda 21‹ abgehaltene Süßwasserkonferenz hat hierfür wichtige Vorarbeit geleistet. Allerdings muß sich noch zeigen, welche Dynamik dieser Beschluß etwa für die Vergabepolitik internationaler Finanzinstitutionen haben wird. Wie die Umsetzung konkret aussehen soll, bleibt vorerst offen: mittels fortschreitender Privatisierung der Wasserversorgung (gegen die in vielen Entwicklungsländern starke Protestbewegungen entstanden sind) oder mittels vermehrter Entwicklungshilfe. Das gilt auch für den zweiten Teil des Beschlusses zum Thema Wasser, nämlich das hart umkämpfte Ziel, bis 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu effizienter Abwasserentsorgung zu halbieren – ein Ziel, dem sich die USA bis kurz vor Konferenzschluß widersetzen.

Auch von seiten der nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) zu wenig beachtet wurde die Aussage im Globalisierungskapitel (Ziff. 45<sup>ter</sup>) zur Verantwortlichkeit von Konzernen. Erstmals seit langem wurde in einem UN-Dokument die klare Aussage getroffen, daß freiwillige Selbstverpflichtungen hierfür nicht ausreichen und daß nationale wie internationale Regulierung erforderlich ist. Dies ist ein Erfolg insbesondere der unablässigen Lobbyarbeit der NGOs. Auch hier ist einstweilen unklar, welche weiteren Konsequenzen das nach sich zieht; das von vielen NGOs gewünschte Übereinkommen zur Regelung des Verhaltens transnationaler Unternehmen (Corporate Accountability Convention) wird es sicherlich nicht geben.

#### V

Das Gastgeberland Südafrika hatte großes Gewicht darauf gelegt, daß der Gipfel konkrete Ergebnisse für die Entwicklungsländer und insbesondere Afrika erbringen sollte. Dies war eine gewisse Herausforderung angesichts der erklärten Position aller Industrieländer, in Johannesburg nicht bereits ein knappes halbes Jahr nach der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im mexikanischen Monterrey<sup>12</sup> neue Finanzzusagen für Entwicklungszusammenarbeit zu geben und auch keine über die WTO-Beschlüsse von Doha hinausgehenden handelspolitischen Zugeständnisse zu machen. Der in Ziff. 6b des Durchführungsprogramms beschlossene (freiwillige, auch privaten Gebern offenstehende) Weltsolidaritätsfonds zur Armutsbekämpfung, dessen nähere Ausgestaltung noch von der Generalversammlung beschlossen werden soll und der keine bestehenden UN-Einrichtungen duplizieren soll, ist nur vor diesem Hintergrund verständlich. Was die konkrete Rolle dieses Fonds sein wird, bleibt einstweilen völlig unklar.

Dramatisch wurde es bei den umfangreichen Aussagen zur internationalen Handelspolitik sowie zur politischen Gestaltung der Globalisierung im Durchführungsprogramm (Ziff. 45). Im Interesse nachhaltiger Entwicklung wäre es dringend notwendig gewesen, daß die Runde der Staats- und Regierungschefs die von den Handels- und Wirtschaftsministerien der Welt eifersüchtig gehütete Dominanz ihrer Ressorts – und ihres internationalen Zusammenschlusses in Gestalt der WTO – gegenüber den Interessen von Umwelt und Entwicklung (und damit auch das UN-System insgesamt) etwas zurückgedrängt hätten. Es wäre beinahe anders gekommen. Die in der Europäischen Union bei diesem Thema federführende EU-Kommission hatte sich im Vorfeld mit den USA auf eine informelle Vorlage



*UN-Generalsekretär Kofi Annan und Ehefrau Nane besuchten während des Johannesburger Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung auch einen besonderen Gipfel: den der Kinder von Soweto. Dabei bestiegen sie den ›Berg der Hoffnung‹, der einst eine große Müllkippe war. In Soweto, der in der Zeit der Rassentrennung geschaffenen Ansiedlung (South Western Townships) für ›nichtweiße‹ Südafrikaner, leben heute rund zwei Millionen Menschen. Soweto war ein Zentrum des Widerstands gegen die fortgesetzte, immer wieder verschärfte Entrechtung der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas; der Aufstand der Schüler vom 16. Juni 1976 in Soweto läßt sich in der Rückschau als Anfang vom Ende des Apartheid-systems begreifen.*

(ein sogenanntes Non-Paper) verständigt, die die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bildete und die aus den Vorbereitungsstagen stammenden Texte ersetzte. Der Freihandel löst alle Probleme und dient nachhaltiger Entwicklung, so der reichlich ideologisch gefärbte und im Verlauf der Verhandlungen von vielen scharf kritisierte Grundtenor dieses Papiers.

Zum Eklat kam es im weiteren Verlauf der Verhandlungen über eine zeitweise bereits von EU, USA und der G-77 – der Gruppe der Entwicklungsländer – unterstützte Aussage, künftige multilaterale Umweltabkommen müßten WTO-konsistent sein. Nachdem das ungelöste Nebeneinander von WTO und UN-Umweltabkommen bei den Verhandlungsprozessen der jüngsten beiden Umweltabkommen<sup>13</sup> bestätigt worden war, hätte dies die Unterordnung künftiger UN-

Abkommen unter die WTO bedeutet. Diese katastrophale Aussage wurde schließlich vor allem durch intensive NGO-Lobbyarbeit bei Ländern außerhalb des Kreises von EU, USA und G-77 buchstäblich in letzter Minute gestoppt. Norwegen, die Schweiz, Ungarn und erstaunlicherweise Kanada blockierten die Verabschiedung dieser Aussage und verlangten eine Abschwächung.

Danach wendete sich durch den engagierten Einsatz des äthiopischen Verhandlungsführers Berhan Tewelde in den internen G-77-Beratungen das Blatt; nach Tuvalu, den übrigen Inselstaaten des Pazifik und dann den Karibikländern folgte schließlich die gesamte G-77. Daraufhin kehrten sich auch in der EU die Mehrheitsverhältnisse um; man bestand nun ebenfalls nicht mehr auf der De-facto-Unterordnung der UN unter die WTO. Plötzlich standen die Vertreter Washingtons wieder alleine da, und der Kompromiß war schließlich, gar keine Aussage zum Verhältnis zwischen UN und WTO zu treffen; betont wurde, die Integrität beider müsse gewahrt bleiben.

## VI

Das an dieser Stelle zu beobachtende unglückliche Agieren des EU-Handelskommissars Pascal Lamy setzte sich fort in dem einen Punkt, in dem die EU den Freihandel kategorisch ablehnt: bei den Agrarsubventionen. In den Delegationen der EU-Mitgliedstaaten machte sich wachsendes Unbehagen darüber breit, wie schamlos der Franzose Lamy sein europäisches Amt für die nationalen Interessen seines eigenen Landes mißbrauchte. Wie groß der Unmut über Frankreichs letztlich erfolgreiche Politik, bei den Agrarsubventionen keinen Millimeter nachzugeben, in anderen EU-Ländern mittlerweile ist, zeigten die unverhüllten Attacken in den Reden Gerhard Schröders und Tony Blairs auf der Konferenz gegen die EU-Agrarsubventionen, mit denen sie Frankreich düpierten. Das erfolgreiche Bestehen der EU auf dieser ohnehin überholten Politik kostete sie erhebliches Verhandlungskapital, das man an anderer Stelle weit sinnvoller hätte einsetzen können. Einige NGOs wiesen in ihrer Lobbyarbeit bitter darauf hin, daß jede europäische Milchkuh pro Tag 2,30 Euro an Subventionen kostet – mehr als das Tageseinkommen der Hälfte der Menschheit.

Gerade noch an einer Blamage vorbei schlitterte die EU auch beim Thema der Gesundheitsrechte der Frau. Die unheilige Allianz aus USA, Vatikan und einer Reihe islamischer Staaten sah wieder eine Gelegenheit, Frauenrechte bei Themen wie Abtreibung oder Genitalverstümmelung zurückzudrängen. Eine Zeitlang sah es so aus, als würde Silvio Berlusconi Italien unter dem Druck des Vatikans sich dieser Allianz anschließen und die EU damit blockieren. Schließlich gelang es, den Bezug auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten noch unterzubringen (Ziff. 47).

Der bis zum Schluß offene zentrale Streitpunkt aber war ein Ausbauziel für erneuerbare Energien (Ziff. 19). Das von der EU vorgeschlagene Ziel, 15 vH Primärenergieanteil weltweit bis 2015, war bescheiden genug; bereits 1998 war der Stand nämlich 13,8 vH. Problematische erneuerbare Energien wie traditionelle Biomasse (Brennholz) und Großwasserkraftwerke sind dabei nicht ausgeschlossen. Weiter ging da schon Brasilien, das bis 2010 10 vH »moderne« erneuerbare Energien haben wollte. Das war aber auch der EU zuviel. Am Ende gelang es den USA und innerhalb der G-77 der OPEC-Lobby, jede Festlegung auf ein Ausbauziel zu verhindern. Mit viel Beifall aufgenommen wurde die kurze Rede des deutschen Bundeskanzlers, die sich weitgehend auf erneuerbare Energien konzentrierte, und seine Ankündigung, in den nächsten fünf Jahren 1 Mrd Euro für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen sowie zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien nach Deutschland einzuladen. Er hatte sich damit soweit exponiert, daß eine simple Ablehnung durch den Gipfel nicht mehr hinnehmbar war.

Die Blockade der USA und der OPEC könnte sich nun als Pyrrhus-

sieg erweisen. Die EU startete am Schluß der Konferenz eine Initiative, eine Gruppe von Staaten zusammenzubringen, die gemeinsam den Ausbau der erneuerbaren Energien mit nationalen Ausbauzielen vorantreiben wollen. Spätestens, als große Länder wie Brasilien oder gar Ölexporture wie Mexiko und Venezuela sich dem anschlossen, war klar, daß die internationale Gemeinschaft die offene Sabotage nachhaltiger Entwicklung durch eine kleine Minderheit nicht länger hinzunehmen bereit ist. Es ist durchaus denkbar, daß dieses Beispiel als kreative Weiterentwicklung des Multilateralismus auch in anderen Verhandlungsforen Schule macht, wenn einzelne Staaten kompromißlos eine deutliche Mehrheit am Handeln hindern wollen. Allerdings wirft dies weitreichende Fragen nach der künftigen Rolle der Vereinten Nationen auf, da solche Initiativen notgedrungen außerhalb der UN stattfinden werden.

## VII

Parallel zu den Verhandlungsprozessen lief in den letzten drei Tagen das Konferenzsegment auf »hoher Ebene«, also der der Staats- und Regierungschefs, an dessen Ende die Politische Deklaration – die Erklärung von Johannesburg zur nachhaltigen Entwicklung<sup>14</sup> – als zweites Verhandlungsdokument stand.

Überlagert wurde die Nachhaltigkeits-Agenda des Gipfels streckenweise durch die Hetzreden des simbabwischen Machthabers Robert Mugabe – einst ein Hoffnungsträger Afrikas – und auch des namibischen Präsidenten Sam Nujoma, die von einer beträchtlichen Zahl ihrer afrikanischen Kollegen mit viel Beifall quittiert wurden. Dies hinterließ einen schalen Beigeschmack und trug nicht dazu bei, die Bemühungen der Gastgeberregierung um ein »neues Afrika« voranzubringen.

## VIII

Kaum ins Gewicht fielen die vor dem Gipfel von interessierter Seite so hoch gelobten Typ-2-Initiativen. Nachdem es bei der letzten Vorbereitungstagung nicht gelungen war, Kriterien für die Anerkennung eingereicherter Projekte als offizielles Typ-2-Gipfelergebnis zu beschließen, wurden die eingereichten Projekte ohne jede Kriterien vom UN-Sekretariat lieblos zu einem Kompendium<sup>15</sup> zusammengestellt, das zu keinem Zeitpunkt bei den Verhandlungen oder in der Medienberichterstattung irgendeine größere Rolle spielte. Der allergrößte Teil davon sind Projekte, die sicherlich auch ohne den Gipfel in der einen oder anderen Form durchgeführt worden wären. Auch das geplante zentrale Typ-2-Projekt der Bundesregierung platzte nach fast zweijähriger Vorbereitungszeit wenige Wochen vor dem Gipfel (und der Bundestagswahl): der Bundesverband der Deutschen Industrie stieg aus einer Initiative aus, mit der er sich zur Einhaltung bestimmter Nachhaltigkeitskriterien bei Auslandsdirektinvestitionen verpflichtet hätte, weil er mit einer externen Überprüfung der Selbstverpflichtung nicht einverstanden war.

Nur an einem einzigen dieser Typ-2-Projekte ist die Wirtschaft beteiligt. Die Vorstellung, über derartige Projekte nun die Privatwirtschaft einzubeziehen, erwies sich als völliger Fehlschlag. Statt dessen zogen es viele Unternehmen vor, in traditioneller Weise am Gipfel mit Werbeveranstaltungen und -ständen teilzunehmen. Dabei traten tatsächliche Vorreiter der Nachhaltigkeit meist eher bescheiden auf, während eine massive Präsenz und geradezu penetrante Usurpierung des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung von denen bevorzugt wurde, die zuhause systematisch Fortschritte etwa in Richtung nachhaltige Verkehrspolitik blockieren, darunter einem namhaften Automobilhersteller aus Bayern. Wer das superteure Wasserstoffauto dieses Konzerns jeden Morgen auf dem Sandton Square vor dem Konferenzgebäude sah, nachdem er gerade den Johannesburger Staus glücklich entronnen war, mochte sich unschwer vorstellen, daß diese Metropole ihre Verkehrsprobleme statt mit Wasserstoffautos mit der Einführung eines konventionellen S-Bahn-Net-



zes lösen könnte. Solche Präsentationen sind eben auch für die Medien wenig glaubwürdig, und ohne entsprechende Imagegewinne sind Typ-2-Initiativen wohl auch nicht übertrieben attraktiv für solche Konzerne.

## IX

Im Gegensatz zum Vorbereitungsprozeß spielten in Johannesburg institutionelle Fragen kaum eine Rolle. Die gerade auch von Deutschland im Vorfeld engagiert vorangetriebenen Versuche zur Stärkung des UNEP hatten keine Aussicht auf Erfolg, übrig blieb lediglich eine zaghafte Einladung an die Generalversammlung, sich mit der »wichtigen, aber komplexen Frage« der universellen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat des UNEP zu befassen (Ziff. 122d). In der Generalversammlung dürfte dieses Thema auf Grund mangelnden Engagements der New Yorker Ständigen Vertretungen versickern. Von einer neuzuschaffenden »Welt-Umweltorganisation« sprach in Johannesburg niemand mehr.

Auch für die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) brachte Johannesburg wenig Neues, außer daß sie künftig nur noch alle zwei Jahre im Plenum tagen und sich auf weniger Themen konzentrieren soll. Immerhin wurde der Ausschuß für Energie und natürliche Ressourcen im Dienste der Entwicklung, ein Nebenorgan des Wirtschafts- und Sozialrats, aufgelöst (Ziff. 126e); seine Arbeit soll künftig die CSD mitübernehmen.

Gegenüber dem Durchführungsprogramm trat das zweite, offiziell verabschiedete Dokument, nämlich die Politische Erklärung<sup>16</sup> weitgehend in den Hintergrund. Konferenzpräsident Thabo Mbeki legte großen Wert darauf, diese Erklärung nicht ebenso wie das Durchführungsprogramm in tagelangen Verhandlungen zerfleddern zu lassen und präsentierte am ersten Tag des auf hoher Ebene abgehaltenen Tagungssegments einen achtseitigen Entwurf, den er als endgültig ansah. Das funktionierte erwartungsgemäß so nicht, so daß er sich doch gezwungen sah, diverse informelle Konsultationsrunden im kleinsten Kreis durchzuführen, an deren Resultat ein weitgehend stromlinienförmiges vierseitiges Dokument stand, das zwar konsensfähig war, aber nichts Neues und damit auch nichts Vorwärtsweisendes mehr enthielt.

## X

Viel Wirbel gab es um die eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten für NGOs zum Kongreßzentrum. Angesichts von 20 000 Teilnehmern war von vornherein klar, daß diese nicht alle ins Tagungszentrum von Sandton passen würden, erst recht nicht unter den Bedingungen verschärfter Sicherheitsvorkehrungen für die zeitweise anwesenden Staatschefs. Die Art und Weise der Zugangsbeschränkungen wurde höchst undurchsichtig und in ständig wechselnder Weise gehandhabt, was für viel Verärgerung sorgte. Schließlich wurden 1200 Eintrittskarten für NGOs nach dem Prinzip »Wer zuerst kommt« für die drei Tage des auf hoher Ebene abgehaltenen Tagungssegments ausgegeben. Die gleichen NGOs, die soeben noch lautstark gegen diese Zugangsbeschränkung protestiert hatten, holten dann aber noch nicht einmal alle Karten ab, und als sich wenige Stunden nach Inkrafttreten der Zugangsbeschränkungen herausstellte, daß die Zahl derjenigen, die überhaupt ins Gebäude wollten, weit unter 1200 lag, wurde das Gebäude umgehend wieder für alle Akkreditierten geöffnet.

Alles in allem eignet sich der Johannesburg-Gipfel sicherlich nicht als Meilenstein wie Rio 1992. Unkenrufe in die andere Richtung, mit dieser Veranstaltung seien die UN-Konferenzen an ihr politisches Ende gekommen, hätten sich totgelaufen oder müßten durch thematisch enger gefaßte Konferenzen ersetzt werden, erweisen sich bei näherem Hinsehen aber ebenfalls als wenig realitätsnah. Die thematisch enger gefaßten Konferenzen finden bekanntlich längst statt.

Ein anderer Rahmen als der Rio-Prozeß für eine wie auch immer geartete kooperative Herangehensweise von Industrie- und Entwicklungsländern an die Gestaltung von Globalisierung und »Entwicklung« und die damit zusammenhängenden Umweltprobleme ist schlichtweg nicht in Sicht. Wie unvollkommen auch immer das sein mag – die Alternative wäre, der WTO allein das Feld zu überlassen respektive der unilateralen Machtausübung durch einige Großmächte.

Daß ein Großereignis wie dieser Gipfel samt seinem jahrelangen Vorbereitungsprozeß nicht im politischen Vakuum abläuft, sondern nur die realen politischen Verhältnisse in den einzelnen Staaten widerspiegeln kann, gerät dabei auch bei politisch routinierten Beobachtern gerne in Vergessenheit. Wenn etwa in manchen Kommentaren zu lesen war, der Gipfel sei »gescheitert«, weil es wieder nicht gelang, die USA zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu bewegen, deutet ein solches Urteil auf wenig Sachkenntnis hin. Politikprozesse laufen komplexer ab, als es sich in einer derartigen, letztlich unpolitischen Perspektive darstellt. Es ist kaum vorstellbar, daß eine ernstzunehmende Regierung im Verlauf einer internationalen Konferenz ihre Politik einfach umkehrt, weil ihre Verhandlungsdelegation sich von den besseren Argumenten der anderen »überzeugen« ließe.

Realität ist eher, daß es für nahezu alle Interessen, Verhandlungspunkte und Umsetzungsziele einer solchen Gipfelkonferenz Kräftekonstellationen gibt, die aus meist wenigen mehr oder minder gleichgesinnten Protagonisten, einem normalerweise recht breiten und wenig engagierten Mittelfeld sowie eine Anzahl Blockierer bestehen. »Gescheitert« ist der Gipfel aus der Sicht der Protagonisten dann, wenn es den Blockierern gelingt, das Mittelfeld und die Vorkämpfer auseinanderzuidividieren und innerhalb der Protagonisten Zwietracht

1 »Die Welt wird nicht mehr dieselbe sein, die internationale Diplomatie und die Vereinten Nationen nicht, und auch die Aussichten für die Zukunft unserer Erde können und dürfen nicht dieselben sein.« So Maurice Strong, der Generalsekretär des Treffens in Rio vor zehn Jahren. Siehe Barbara Unmüßig, Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED): eine erste Bewertung, VN 4/1992 S. 117ff. – Vgl. auch Martina Palm-Risse, Noch eine Chance für den blauen Planeten. Der Schutz des Weltklimas mittels des UN-Rahmenübereinkommens, VN 4/1992 S. 122ff., sowie zur im UNCED-Folgeprozeß ausgearbeiteten Wüstenkonvention Georg Lührs, Leben und Überleben in Trockengebieten. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, VN 2/1995 S. 61ff.

2 Vgl. Wilfried Skupnik, Konferenz der Vereinten Nationen über die menschliche Umwelt, VN 4/1972 S. 111ff.

3 Kurioserweise wurde das gleiche Kürzel WSSD bereits wenige Jahre zuvor an eine andere, thematisch sogar verwandte UN-Konferenz vergeben: an den Weltgipfel für soziale Entwicklung (World Summit for Social Development).

4 Detaillierte Informationen sind im Internet unter dieser Kennung verfügbar: [www.johannesburgsummit.org](http://www.johannesburgsummit.org).

5 Vgl. Jens Martens, Abstieg vom Erdgipfel. Fünf Jahre nach Rio: 19. UN-Sondergeneralversammlung mit ernüchternder Bilanz, VN 4/1997 S. 137ff.

6 Das »Vienna Setting« wurde erstmals 1999 im Rahmen der Verhandlungen über das Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit angewandt. Der Verhandlungsleiter, Kolumbiens Umweltminister Juan Mayr, hatte zu einer informellen Konsultation in einer vom traditionellen UN-Verhandlungsstil abweichenden Zusammensetzung nach Wien eingeladen.

7 UN-Dok. A/CONF.199/11.

8 Wörtlich: die USA seien »world leaders in sustainable development«.

9 George Bush Senior, der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, hatte anlässlich der Rio-Konferenz darauf hingewiesen, »daß der amerikanische Lebensstil nicht zur Verhandlung stehe«. Unmüßig (Anm. 1), S. 117.

10 Die Zifferangaben beziehen sich auf die nicht abschließend redigierte Voraussfassung des Deutschen Übersetzungsdienstes der Vereinten Nationen; die Numerierung wird sich möglicherweise in der Endfassung des Dokuments noch ändern.

11 Vgl. Marc Auer, Für die Erhaltung der Arten und ihrer Lebensräume. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt, VN 5/1994 S. 168ff.

12 Vgl. Jens Martens, Konsens vor Monterrey, VN 3/2002 S. 116f.

13 Das Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit und das Völkerrechtsverbindliche Instrument zur Anwendung des Verfahrens der Vorherigen Informierten Zustimmung (PIC) für bestimmte gefährliche Chemikalien und Pestizide im internationalen Handel.

14 The Johannesburg Declaration on Sustainable Development. From our Origins to the Future. Im Internet abrufbar unter: [www.johannesburgsummit.org/html/documents/summit\\_docs/1009wssd\\_pol\\_declaration.htm](http://www.johannesburgsummit.org/html/documents/summit_docs/1009wssd_pol_declaration.htm).

15 UN Doc. A/CONF.199/CRP.5.

16 Siehe Anm. 14.

zu säen. Um im WSSD-Bild zu bleiben: Wenn es den USA und der OPEC gelänge, innerhalb der EU Zerwürfnisse entstehen zu lassen und die Mehrheit der Entwicklungsländer der EU zu entfremden, so daß weltweit nur noch eine Reihe von in Sachen Ökologie aufgeschlossenen europäischen Regierungen für erneuerbare Energien eintritt, dann ist der Gipfel aus EU-Sicht ›gescheitert‹. Ein ›Erfolg‹ im Sinne der EU wäre es, wenn es umgekehrt gelänge, die US-Amerikaner zu isolieren, die OPEC innerhalb der G-77 in die Defensive zu drängen und mit dem breiten Mittelfeld der Entwicklungsländer ein Bündnis etwa für erneuerbare Energien einzugehen. Dann wäre der Gipfel aus US-Sicht ›gescheitert‹. Im Falle des WSSD kommt diese Variante der Realität schon recht nahe. Die Vorstellung, mit der der Erdölindustrie eng verbundenen Regierung von George W. Bush gemeinsam einen Aktionsplan zur Verdrängung fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien beschließen zu können, ist dagegen bestenfalls Wunschdenken. Wer solche weltfremden Erwartungen zum Maßstab für die Beurteilung eines solchen Gipfels erhebt, wird blind gegenüber den tatsächlichen politischen Entwicklungen

und immer enttäuscht (auch wenn er natürlich allezeit behaupten kann, daß er angesichts der ökologischen Realitäten doch recht habe).

Hier könnte sich der Vorstoß der EU und inzwischen 80 anderer Staaten, gemeinsam die erneuerbaren Energien mit vereinbarten Ausbauzielen unterhalb der UN-Ebene voranzutreiben, als außerordentlich wichtig erweisen. Solche Vorreiter-Initiativen entwerfen tendenziell das Konsensprinzip und damit das De-facto-Vetorecht der Blockierer. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur kreativen Weiterentwicklung des Multilateralismus und sollten in anderen Verhandlungszusammenhängen Schule machen.

Es wird nun entscheidend darauf ankommen, daß diese Initiative mit konkreten Inhalten und Aktionen gefüllt wird. Auch die NGOs und die Industriebranchen der erneuerbaren Energien sollten hier selbstbewußt beanspruchen, diese Initiative mitzugestalten und politisch voranzubringen. Und so könnte ironischerweise das greifbare Ergebnis von Johannesburg tatsächlich eine Art unfreiwillige, von USA und OPEC provozierte Typ-2-Initiative gewesen sein...

## Kinderrechte sind Menschenrechte

Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor der 27. UN-Sondergeneralversammlung (9. Mai 2002)

CHRISTINE BERGMANN

Zu Beginn möchte ich mir die namens der Europäischen Union gemachten Ausführungen der spanischen Präsidentschaft zu eigen machen.

Die Ereignisse des 11. September sind uns Mahnung, daß wir nach friedlichen, nach politischen Wegen suchen müssen, um zu einer Verständigung zwischen den Völkern zu gelangen, denn nur so wird der Aggression und der Gewalt der Boden entzogen, auf dem sie gedeihen können. In diesem Geiste hat sich diese Sondertagung der Generalversammlung als die Fortführung eines bedeutenden Prozesses erwiesen, der mit dem Weltkindergipfel von 1990 begonnen hat. All unsere Anstrengungen sollten von dem einen simplen Grundsatz ausgehen: Kinderrechte sind Menschenrechte. Dies ist in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 unmißverständlich festgeschrieben worden.

Vieles haben wir seit 1990 erreicht. Aber noch immer werden überall auf der Welt grundlegende Rechte des Kindes verletzt. Wir müssen Wege finden, um sicherzustellen, daß das Überleben, der Schutz und die Entwicklung der Kinder in höherem Maße gewährleistet und gefördert werden, als dies bisher der Fall war. Immer noch sterben Tag für Tag 18 000 Kinder unter fünf Jahren den Hungertod. Angesichts dieser erschreckenden Tatsache wird ersichtlich, wie dringlich die Durchsetzung weitreichender Maßnahmen im Kampf gegen die Armut von Kindern ist. Die deutsche Bundesregierung unterstützt diese Strategie mit ihrem Aktionsprogramm 2015, das auf die weltweite Minderung der absoluten Armut abzielt und mit einer Initiative zur Schuldenerleichterung einhergeht.

Zehn Millionen Kinder sterben Jahr für Jahr aus vermeidbaren Gründen. HIV und Aids sind eine Bedrohung für ganze Generationen von Kindern und jungen Menschen. Wir haben in Deutschland bereits sehr früh eine intensive Kampagne zur Aids-Aufklärung und -Vorbeugung eingeleitet – eine Strategie, die sich als erfolgreich erwiesen hat. Es ist von größter Bedeutung, daß wir unsere gegen HIV/Aids ergriffenen Maßnahmen in eine umfassende Strategie der Armutsbekämpfung einfließen lassen. Aus diesem Grund wird dem weltweiten Kampf gegen HIV/Aids schon jetzt ein herausragender Stellenwert in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingeräumt. Neben diesen Anstrengungen wird die deutsche Regierung 150 Millionen Euro in den Globalen HIV/Aids- und Gesundheitsfonds zur Eindämmung von Aids, Tuberkulose und Malaria einzahlen, der anlässlich des G-8-Gipfeltreffens in Genua von den dort versammelten Staats- und Regierungschefs eingerichtet worden war.

Eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung bedeutet, Kindern flächendeckend eine Grundschulbildung zu ermöglichen. Wir können es nicht hinnehmen, wenn weltweit 100 Millionen Kinder keine Möglichkeit haben, zur Schule zu gehen. Wir können auch nicht einfach tatenlos zuschauen, wenn 250 Millionen Kinder zwischen dem fünften und dem vierzehnten Lebensjahr zur Arbeit gezwungen sind, bis hin zu Fällen rücksichtsloser Ausbeutung, ja, sogar bis zur Versklavung. Aus diesem

Grund unterstützt Deutschland die Umsetzung der auch von uns ratifizierten Übereinkommen Nr. 138 und 182 der Internationalen Arbeitsorganisation und gewährt dem Internationalen Programm zur Beseitigung der Kinderarbeit beträchtliche finanzielle Förderung.

Auf der ganzen Welt sind zahlreiche Kinder einem hohen Maß an Gewalt ausgesetzt. Es ist unsere Pflicht, Kinder vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. Menschen, die in ihrer Kindheit der Gewalt ausgesetzt waren, leiden schließlich für den Rest ihres Lebens darunter. Ihnen wurde ihr Entwicklungspotential geraubt, und häufig wird dadurch ein Teufelskreis der Gewalt in Bewegung gesetzt. Folgerichtig hat Deutschland ein Gesetz zum Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung erlassen. Zudem fördern wir mittels der Kampagne »Mehr Respekt für Kinder« verschiedene Modelle gewaltfreier Erziehung.

Eine besonders abscheuliche Form der Gewalt ist die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern. Weltweit sind ihr schätzungsweise zwei Millionen Kinder ausgesetzt. Trotz eines in den letzten Jahren gestiegenen Problembewußtseins hinsichtlich der sexuellen Ausbeutung von Kindern, was zur Einleitung zahlreicher Abhilfemaßnahmen auf allen Ebenen geführt hatte, stellte der im Dezember 2001 in Yokohama abgehaltene Zweite Weltkongreß gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern klar, daß die Zahl sexuell ausgebeuteter Kinder insbesondere im Zusammenhang mit Kinderhandel und Kinderprostitution weltweit im Ansteigen begriffen ist. Aus diesem Grund sind gemeinsame internationale Anstrengungen gefordert, um der sexuellen Ausbeutung von Kindern wirkungsvoll begegnen zu können.

Von den angesprochenen Faktoren sind vor allem die Mädchen betroffen. Für sie sind die Lebensbedingungen nach wie vor schlechter als für Knaben, und immer noch werden sie grundlegender Rechte beraubt. Wir stehen in der Pflicht, diese schwerwiegenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen und den Mädchen gleichwertige Entwicklungschancen einzuräumen. Dies wird nicht nur Chancengleichheit ermöglichen; zugleich wird in der Gesellschaft ein enormes Entwicklungspotential freigesetzt.

Kinder und junge Menschen ernst zu nehmen heißt zudem, ihnen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen, die sie betreffen, zuzugestehen. Es ist daher viel mehr als nur eine rein symbolische Geste, daß Kinder zum ersten Mal nicht nur aktiv in den Vorbereitungsprozeß dieser Sondertagung einbezogen wurden, sondern auch aktiv in New York an der Tagung selbst teilnehmen konnten.

Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln, werden wir in der Lage sein, die Aussichten der Kinder für ihre Zukunft zu verbessern und ihren Rechten überall auf der Welt Geltung zu verschaffen. Kinder sind uns anvertraut, und sie brauchen unsere Unterstützung. Lassen Sie uns weiterhin an der Schaffung einer Welt arbeiten, in der die Entfaltung der Kinder im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit und unserer Bemühungen steht. Das ist unsere vordringlichste Aufgabe.